



II- 4691 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr
Pr.Zl. 5907/4-Präs.1/1-1975

2092/A.B.
zu 2137/J.
Präs. vom 9. Juli 1975

ANFRAGEBEANTWORTUNG

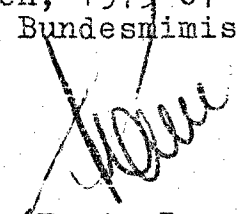
betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Burger, Schrotter und Genossen,
Nr. 2137/J-NR/1975 vom 1975 06 10: "Er-
richtung einer Selbstbedienungsampel an
der Bundesstraße 17 in Bruck/Mur - Leob-
nerstraße".

Ihre Anfrage erlaube ich mir, wie folgt zu beantworten:

Die behördliche Anordnung zur Anbringung von Verkehrsampeln fällt als Angelegenheit der Vollziehung der Straßenpolizei nach Art. 11 Abs. 1 Z. 4 B-VG in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes vom 6.7.1960, BGBl.Nr. 148, in die Kompetenz der Länder. Nach den Bestimmungen der §§ 32 und 98 der Straßenverkehrsordnung 1960 können allerdings auch ohne behördlichen Auftrag Verkehrsampeln vom Straßenerhalter - also im vorliegenden Falle vom Bund - angebracht werden.

Mit Rücksicht auf diese Rechtslage kann ich daher in der Sache selbst nichts veranlassen. Ich habe aber das Amt der Steiermärkischen Landesregierung sowie das Bundesministerium für Bauten und Technik vom Inhalt dieser Anfrage in Kenntnis setzen lassen.

Wien, 1975 07 04
Der Bundesminister:


(Erwin Lanc)